

Vortrag zur demographischen Entwicklung in Kamen gehalten von Christian Frieling im Hauptausschuss der Stadt Kamen am 19.06 2006

Herr BM, meine Damen und Herren,
ich habe für den VV, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen im Haus, das Thema Demographie aufgearbeitet.
Heute möchte ich Ihnen eine Zusammenfassung präsentieren, die als Einstieg in das Thema dienen kann.
Im Mittelpunkt wird dabei natürlich Kamen stehen, ohne jedoch die Gesamtentwicklung außer Acht zu lassen.

Zunächst werfen wir einen Blick auf die aus der aktuellen Prognose des Statistischen Bundesamtes entwickelte Bevölkerungspyramide!

Die jetzt vorliegende Prognose des Statistischen Bundesamtes deckt immerhin einen Zeitraum von 50 Jahren ab!

Wie zuverlässig eine Vorhersage für einen derart langen Zeitraum sein kann, wird deutlich, wenn man den Blick in die Vergangenheit richtet.

Eine im Jahr 1900 erstellte 50-jährige Prognose hätte demnach nämlich zwei Weltkriege und ihre immensen bevölkerungspolitischen Auswirkungen vorhersehen müssen.

Eine Prognose aus dem Jahr 1950 hätte die Zeit des Wirtschaftswunders mit millionenfacher Einwanderung von Gastarbeitern, den Bau der Mauer, der die Zuwanderung von Ostdeutschland in den Westen stoppte, den Pillenknick und die Wiedervereinigung berücksichtigen müssen.

Hier wird klar, dass gegenüber solchen Langfrist-Prognosen erhebliche Skepsis angebracht ist.

Dennoch: Die Prognose liegt vor und bestimmt die öffentliche Diskussion wie auch das politische Handeln. Das heißt, wir müssen uns diesen Aussagen stellen und zumindest mittelfristige Entwicklungstendenzen ernst nehmen.

Was ist eigentlich Demographie? Per Definition ist Demographie die statistische Analyse des Aufbaues und der Entwicklung von Bevölkerung.

Für entsprechende Erhebungen und Aussagen sind in Deutschland das Statistische Bundesamt sowie die Landesämter für Datenverarbeitung und Statistik zuständig.

In der Regel werden alle 5 Jahre neue Prognosen vorgelegt.
Zur Zeit liegt die 10. Koordinierte Bevölkerungsprognose vor.

Wie kommt eine solche Prognose zustande?

Grundlage dieser Prognose waren die Bevölkerungsdaten des Jahres 2000.

Das Statistische Bundesamt ermittelte diese Daten und die daraus abgeleitete Prognose anhand der Entwicklung der beiden Folgejahre und präziserte sie.

Danach entwickelte das Bundesamt zehn Prognosevarianten.

Die Bundesregierung beschloss dann eine dieser Varianten, ähnlich wie wir das für Kamen im Rat tun.

Die Veröffentlichung erfolgte im Frühjahr des Jahres 2003.

Dementsprechend wird die nächste Prognose, auf der Basis des Jahres 2005, in 2008 erfolgen.

An der Bevölkerungspyramide, die wir animiert gesehen haben, ist zu erkennen, dass der Anteil älterer Menschen steigt – und damit auch die Zahl der Sterbefälle. Seit 1973 ist in der BRD die Sterberate höher als die Geburtenrate.

Dies gab es bis dahin in keinem anderen Land der Welt.

Diese Tendenz wird sich nicht grundlegend ändern, sondern sich im Gegenteil verstärken.

Um die Bevölkerungsgröße auf dem Stand von heute zu halten, brauchten wir bis ins Jahr 2100 eine Zuwanderung in Höhe von mehr als 180.000.000 Menschen.

Eine solches Szenario ist völlig undenkbar.

Sehen wir uns an, auf welchen Grundlagen eine solche Prognose beruht: Sie setzt sich aus vier Faktoren zusammen.

Geburtenrate, Sterberate, Zuwanderung, Abwanderung.

Wie die Abbildung zeigt, korrelieren dabei 1 und 2 ebenso wie 3 und 4. **(BILD 1)**

Zur Geburtenrate ist Folgendes zu sagen:

Zentrale Messvariable ist hier die Fertilität, also die Geburtenrate pro Frau.

Zum Erhalt einer Gesellschaft bedarf es einer Kinderzahl von 2,1.

Seit 1970 erfüllen wir in Deutschland diese Quote nicht mehr.

Zwei Dinge kommen hier zusammen:

Einerseits ist seitdem Verhütung durch die Pille möglich, andererseits wachsen in dieser Zeit die geburtenstarken Jahrgänge der Weimarer Republik aus dem gebärfähigen Alter heraus.

Die geburtenschwachen Jahrgänge der Kriegs- u. Nachkriegszeit lösen diese Generation ab.

Parallel dazu steigt das Alter, in dem Frauen ihr erstes Kind gebären, von 25 auf 30 Jahre.

All diese Faktoren bewirken, dass die Geburtenrate um ein Drittel sinkt.

Ein weiteres wichtiges Merkmal ist die verstärkte Berufstätigkeit von Frauen, die dazu führt, dass ein Drittel der Frauen kinderlos bleibt.

Dies betrifft vor allen Dingen Frauen mit hohem Bildungs- und Ausbildungsstand.

Ende der neunziger Jahre lag die Fertilität in Westdeutschland bei etwa 1,36.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Wiedervereinigung:

In den fünf neuen Ländern sank die Fertilität nach der Wende auf 0,8, ist dann bis zum Ende des Jahrzehnts auf 1,2 gestiegen.

Die Prognose des Statistischen Bundesamtes geht von einer Angleichung in Ost und West aus und sagt einen leichten Anstieg auf 1,4 voraus.

Die vom Bundesamt prognostizierte Sterblichkeitsrate bezieht auch ein, dass die Menschen eine höhere Lebenserwartung haben.

Betrachten wir nun die Zu- und Fortzüge:

Die Bevölkerungsprognose sieht einen jährlichen Wanderungsüberschuss von 200.000 Menschen vor.

Hinzu kommt eine deutsche Besonderheit:

Wir haben immer noch Zuwanderungen von deutschstämmigen Familien aus der ehemaligen Sowjetunion.

Diese werden bei der Einwanderung als Deutsche geführt und stellen dementsprechend eine Sondergruppe dar.
Hier sieht die Prognose bis 2010 eine jährliche Zuwanderung in Höhe von 80.000 Menschen vor.
Bis 2020 geht man von 40.000, bis 2030 nur noch von 20.000 aus.
Danach sinkt die Zahl bis 2040 auf Null.

Diese Prognose legt folgendes Bild nahe:
Die Bevölkerung der BRD wird bis zum Jahre 2013 auf 83,1 Mio. anwachsen.
Erst danach werden die Bevölkerungszahlen langsam zurückgehen.
Zunächst nur um wenige Tausend, danach wird sich der Rückgang immer mehr beschleunigen.

Sehen wir uns zum Vergleich einige europäische Staaten an. **(BILD 2 u. 3)**. Diese Darstellung stellt die Entwicklung in den großen EU-Staaten der Entwicklung der Mittelmeer-Anrainer mit hohen Wachstumsraten gegenüber.

So weit die Prognose.
Fest steht, dass die Entwicklung in mancher Hinsicht viel drastischer sein wird.
Die Bevölkerungsprognose trifft in folgenden Feldern nicht zu:
Die Fertilität liegt im Westen derzeit bei etwa 1,35, im Osten bei etwa 1,2.
Damit liegt die Prognose des Bundesamtes zu hoch.

Trotz aller Schwankungen stimmt die Prognose jedoch für die Mortalität.

Erhebliche Abweichungen gibt es wiederum bei den Wanderungen.
Hier wird die Zahl von 200.000 nicht erreicht.
In 2004 waren es gerade mal etwa 90.000.
Als Gründe sind zu nennen:
5 Millionen Arbeitslose senken die Attraktivität des Einwanderungslandes Deutschland.
Hinzu kommen sich wandelnde Entwicklungen in anderen Ländern, auch bevölkerungsmäßige.
Vor allem aber ist es illusorisch anzunehmen, dass bis in das Jahr 2050 hinein die Zuwanderung in Höhe von 200.000 pro Jahr eine gleiche Entwicklung nehmen könnte.
Der Rückgang der Bevölkerung in allen europäischen Ländern, damit auch in den klassischen Einwanderungsländern, macht dies unwahrscheinlich.
Allenfalls die Türkei und islamische Länder böten ein entsprechendes Wanderungspotenzial.
Die Aufnahme dieser Zuwanderer scheint jedoch weder politisch gewollt, noch findet sie gesellschaftliche Akzeptanz, zumindest in absehbarer Zeit.

Auch bei den Zuwanderungen aus den GUS-Staaten ergibt sich ein Rückgang durch ein verändertes Zuwanderungsgesetz, das am 01.01.05 in Kraft getreten ist.
Im Jahr 2004 waren es etwa 55.000, in 2005 noch 35.000, Tendenz sinkend.

Exkurs: Schließung Unna-Massen.

Im Jahr der Prognose, also 2003, ging die Bevölkerung der Bundesrepublik um knapp 5.000 zurück.
In 2004 um 30.000 auf 82.501 Millionen.
In 2005 wird der Rückgang bei etwa 50.000 liegen.

Daraus ergibt sich aus meiner Sicht folgende Prognose: **(BILD 4)**

Bis 2010 könnte die Bevölkerung auf 82 Millionen, bis 2020 auf 80 Millionen sinken. Vergleicht man dies mit der Prognose des Statistischen Bundesamtes, so erscheint die Entwicklung der Bevölkerung deutlicher rückläufig als prognostiziert.

Ein Blick auf die Länderebene und insbesondere auf NRW zeigt, dass das Problem im Westen durch die Wiedervereinigung über viele Jahre zuge deckt wurde. Nach dem Mauerfall hat ein starker, sich nur langsam abschwächender Zuzug nach Westen eingesetzt, der wesentlich dazu beitrug, dass die Bevölkerung in den Westländern wuchs.

In der Folge ist die Situation in den neuen Bundesländern extrem.

Junge Leute, vor allem gut ausgebildete Frauen, gehen Richtung Westen und verschärfen damit die seit 1991 bestehende Fertilitätskrise weiter.

Wir haben dort eine nahezu kinderlose Gesellschaft.

So schließt zum Beispiel Sachsen zum kommenden Schuljahr jede vierte Schule.

In Mecklenburg-Vorpommern werden wir bald die ersten verlassenen Dörfer vorfinden.

Sachsen-Anhalt hat gerade beschlossen, die Zahl der Landkreise von 21 auf 11 zu senken.

Ein Blick auf die West-Länder:

Hier ist die Entwicklung recht unterschiedlich. Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg und Berlin nehmen wegen eines positiven Wanderungssaldos weiter zu, alle anderen werden Einwohner verlieren.

Zu NRW:

Hier hat der Bevölkerungsrückgang 2004 eingesetzt und wird sich von nun an beschleunigen.

Bis 2010 wird NRW weniger als 18 Millionen Einwohner haben.

Die Entwicklung innerhalb unseres Landes ist schon heute keineswegs homogen. Die ländlichen Kreise wachsen seit Jahren, vor allem durch Zuzug und haben damit eine relativ junge Bevölkerungsstruktur.

Daraus folgt, dass sie in den folgenden Jahren weiter wachsen werden.

Die Städte des Ruhrgebiets dagegen verlieren seit Jahren Einwohner.

Dies gilt insbesondere für Essen, das schon jetzt ein Viertel weniger Einwohner hat als zu Beginn der siebziger Jahre.

Als Gründe gelten vor allem Stadtflucht Tendenzen, wie auch die De-Industrialisierung dieses Mega-Raumes.

Dass der Trend zum Leben in der Stadt wieder zunimmt, wird vor allem in Dortmund deutlich, wo die Stadtflucht fast gestoppt ist.

Den höchsten Einwohnerschwund hat derzeit Hagen zu verzeichnen, das pro Jahr 1 % seiner Einwohner verliert.

Eines ist klar abzusehen:

Spätestens 2015 werden alle Kommunen in NRW mit zurückgehender Bevölkerung zu rechnen haben.

Ausgenommen sind nur die Landkreise Steinfurt, Borken, Coesfeld und Paderborn sowie der Großraum Köln.

Sehen wir uns nun den Kreis Unna genauer an.

Wir sind ein Kreis am Rande des östlichen Ruhrgebietes, der vom Strukturwandel ebenso betroffen ist, wie der Rest des Ruhrgebietes.

Damit stehen wir unter dem gleichen Druck eines Bevölkerungsrückgangs wie das Ruhrgebiet selbst.

Es liegt für diesen Raum eine aktuelle Prognose vor, die einen Rückgang der Bevölkerung bis 2025 um 10,5 % errechnet. **(Bild 5)**

Alle Kommunen des Kreises werden schrumpfen. Das gilt bereits jetzt mit nur 2 Ausnahmen, nämlich Bönen und Selm, die stagnieren.

Werfen wir jetzt einen Blick auf unsere Stadt Kamen:

Die Kamener Bevölkerung nimmt kontinuierlich ab. Dies ist auch an der vom Rat beschlossenen Bevölkerungsprognose abzulesen. **(BILD 6)**

Vergleicht man die Prognose mit der realen Entwicklung, so zeigt sich, dass die Prognose recht genau ist.

Insgesamt wird Kamen bis 2020 ca. 3.500 Einwohner verlieren, das bedeutet einen Rückgang um ca. 7 %. Das ist nicht dramatisch und deckt sich mit der Entwicklung im Kreis. Das Kern-Ruhrgebiet zeigt drastischere Schrumpfungen.

Die Geburtenziffern in Kamen haben sich wie folgt entwickelt: **(BILD 7)**

1970	720
1971	679
1972	unter 600
1993	unter 500
ab 2001	unter 400

Das heißt speziell: **(BILD 8)**

2001	381
2002	380
2003	356
2004	373
2005	342

Bis zum Jahr 2015 ist mit einem weiteren deutlichen Rückgang zu rechnen, d.h. wir kommen auf eine Kinderzahl zwischen 280 – 310 Kindern im Jahr 2015.

Der Geburtenanteil unserer ausländischen Mitbürger liegt z.Z. bei ca. 15 –20 %.

Die Fertilität innerhalb dieser Gruppe liegt bei etwa 1,9 und wird in den nächsten Jahren auf etwa 1,6 sinken.

Damit bleibt sie höher als die der deutschen Bevölkerung.

Daraus folgt auch, dass der Anteil an ausländischen Kindern, einschließlich denjenigen mit deutschem Pass, langfristig um 30 % steigen wird.

In den Stadtteilen mit hohen Ausländeranteilen, also z.B. in Kamen-Mitte, wird dieser Anteil auf ca. 50 % zunehmen.

In den anderen Stadtteilen bleibt der Anteil gering, so dass auf zusätzliche Integrationsmaßnahmen dort verzichtet werden kann.

Im Umkehrschluss müssen wir in Mitte besondere Integrationsanstrengungen unternehmen.

Für Kindergärten bedeutet der Geburtenrückgang natürlich auch einen weiteren Verlust an Gruppen.
Ebenso hat er Konsequenzen für die Schulen.
Wie sich das auf Grundschulstandorte auswirken wird, ist bereits diskutiert.

Welche Auswirkungen ergeben sich für die Entwicklung der Jugendlichen und damit die Aufgabe des Jugendamtes?

Die Zuständigkeit für Jugendliche von 1 bis 18 Jahren hat sich wie folgt entwickelt:

(BILD 9)

1990	9.812
2000	9.218
2005	8.254
2015	ca. 6.800 – 7.000

Dieser erhebliche Rückgang an Jugendlichen hat natürlich nicht automatisch einen Rückgang der Fälle zur Folge, die vom Jugendamt zu betreuen sind.
Die jugendpflegerischen Aufgaben bedürfen aber einer ständigen Überprüfung.
Insbesondere ist dabei zu beachten, dass auch die Jugendarbeitslosigkeit langfristig zurückgehen und damit eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes einhergehen wird.

Was die Jugendlichen betrifft, die eine Ausbildung antreten wollen, sieht die Prognose folgendermaßen aus:

Wir sind bisher stets davon ausgegangen, dass der Druck auf dem Lehrstellenmarkt ab dem Jahr 2007 nachlassen wird.

Dies ist in der Tat mit Sicht auf die Bundesrepublik richtig.

Ein Blick auf die unterschiedlichen Geburtenentwicklungen in Ost und West zeigt dabei aber deutliche Unterschiede. **(BILD 10)**

In den neuen Ländern hat sich die Geburtenzahl 1991 halbiert und steigt nur langsam wieder an.

So kommen wir in die merkwürdige Situation, dass im Jahr 07/08 die Zahl der Lehrstellen im Osten höher sein wird als die Nachfrage.

Im Westen wird sich diese Entwicklung erst sehr viel später einstellen.

In Kamen wird es einen Rückgang um nicht ganz 20 % erst im Jahre 09/10 geben.

Ab dem Jahr 2016 /17 geht die Zahl der Nachfrager im Vergleich zu heute um 1/3 zurück und bleibt dann auf deutlich geringem Niveau.

Bei der Frage der Ausbildungsplätze ist eine Korrelation mit der Anzahl der Menschen herzustellen, die überhaupt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.
Statistiker rechnen dazu derzeit all diejenigen, die zwischen 19 und 60 Jahre alt sind.
Legt man diesen Altersrahmen zugrunde, wächst die Zahl der Erwerbsfähigen bis 2010 noch um etwa 1,25 % und geht danach langsam zurück.

2015 liegt sie noch leicht höher als 2002.

2020 aber bereits um 2 % niedriger.

Daraus folgt, dass bis 2015 mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung wenig Hoffnung auf einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen besteht.

Erst im Jahre 2030 wird die Zahl der Arbeitsfähigen um 13 % abgenommen haben, was für Entspannung auf dem Arbeitsmarkt sorgt.

Stichwort Ältere Mitbürger: **(Bild 11)**

In Kamen haben wir z.Z. einen Anteil an über 60-Jährigen in Höhe von 25 %, das entspricht 11.279 Personen.

Die über 65-Jährigen machen 18,7 % aus, das sind konkret 8.982 Personen.

Damit liegen wir etwa auf der Höhe des Landesdurchschnitts.

Die über 75-Jährigen bilden einen Anteil von 7,7 %, also 3.722 Personen.

Der Anteil der über 60-Jährigen an der Kamener Bevölkerung wird bis 2015 auf 27,5 % steigen.

Bis 2020 werden es dann schätzungsweise 29 % sein.

Ab dem Jahr 2030 wird diese Altersgruppe etwa 1/3 der Bevölkerung stellen.

Die Zahl der über 65-Jährigen steigt bis 2015 geschätzt auf 20,5 %, bis 2020 auf 22 %.

Die Zahl der 75-Jährigen wird bis 2015 auf 9 %, bis 2020 auf 12 % anwachsen.

Dann wird jeder 8. Kamener über 75 Jahre alt sein, dafür nur jeder 40. unter 3 Jahren und nur jeder 20. unter 6 Jahren.

Weitere Auswirkungen des demographischen Wandels:

Die demographische Entwicklung wird Konsequenzen in allen Bereichen haben.

Dabei müssen wir konstatieren, dass für ein Schrumpfprogramm jede Erfahrung fehlt.

Bisher war auch jede kommunale Planung auf Wachstum angelegt.

Ich möchte jetzt genauer aufzeigen, mit welchen Auswirkungen der prognostizierten Entwicklung wir für unsere Stadt rechnen müssen.

(Bild 12 u. 13)

Kommunalfinanzen:

In Folge des Rückgangs der Erwerbstätigen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden die Einnahmen insgesamt rückläufig sein.

Sinkende Einwohnerzahlen führen zu sinkenden Landeszuweisungen und Umlagen sowie zu einer Absenkung des Anteils an der Einkommenssteuer, soweit die Verteilungsquoten unverändert bleiben.

Es entsteht eine Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen, die dazu führt, dass das qualitative und quantitative Angebot in Frage gestellt werden muss.

Dabei stellt sich das Problem, dass man Angebote reduzieren oder Gebühren heraufsetzen muss.

Kommunale Infrastruktur:

Es wird unterschieden zwischen Punkt- u. Netzinfrastruktur.

Wir kämen sicher nicht mehr auf die Idee, unsere Punktinfrastruktur auszubauen. Wir werden also weder Schulen noch Verwaltungsgebäude bauen. Insbesondere der Hochbau als kommunale Aufgabe dürfte nahezu zum Erliegen kommen.

Beispiel Netzinfrastruktur:

Auf lange Sicht wird das Wasserver- u. -entsorgungssystem überdimensioniert sein und verkleinert werden müssen.

Die Kosten der Straßenerhaltung werden schwieriger, da keine entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen. Dies führt in Kamen in den nächsten Jahren noch nicht zu Problemen.

ÖPNV: Weniger Nachfrage führt hier automatisch zu höheren Kosten, wenn die Angebotsstruktur beibehalten wird. Es gibt Kommunen, die über Trägervereine Bürgerbusse betreiben.
Diese Frage stellt sich bei uns allerdings nicht, weil die Ortsteile relativ groß sind.

Bautätigkeit:

Wir werden auch in Zukunft Baugebiete ausweisen müssen.
Es wird weiterhin die Nachfrage junger Familien nach einem Eigenheim geben. Gleichzeitig werden das Angebot und die Nachfrage nach Gebrauchtimmobilien steigen.
Da der Trend zu steigendem Wohnraum pro Person weiter ungebrochen ist, werden wir vor allem Leerstände bei kleinen Wohnungen mit unzureichender Ausstattung haben.
Auch die Bodenpreise werden an ihre Grenzen stoßen.
Die Bautätigkeit wird im Ganzen deutlich zurückgehen. Verödung von benachteiligten Stadtteilen wird es in unserer Stadt zunächst nicht geben. Irgendwann werden zunächst Wohnviertel in der Innenstadt betroffen sein, nicht an der Peripherie (im Unterschied zum Osten).

Kultur:

Wir werden unser Angebot den veränderten Bedingungen anpassen müssen.
VHS sowie die städtischen Theaterreihen haben im Wesentlichen ältere Nutzer. Ihre Bedeutung könnte zunehmen.

Wir können hier relativ konstante Besucherzahlen ausmachen. Dennoch werden wir Änderungen bei den Angeboten vornehmen müssen, wenn wir die Menschen weiterhin erreichen wollen. Denn gerade das Lebensgefühl älterer Menschen wandelt sich:

Wir haben noch mehrheitlich das Bild im Kopf von Rentnern, die einheitlich beige und grau gekleidet herumlaufen und am Abend auf die Volksmusik mit Heino warten.

So ist die Realität allerdings nicht mehr.

Wenn es heißt: Wir werden älter, weniger, bunter, dann darf man das nicht allein auf Zuwanderung beziehen.

Wir werden auch bunter, weil sich die Gesellschaft der Alten individualisiert.

Jetzt geht die Joe-Cocker-Generation in Rente, deren Lebenshighlight Woodstock war.

Diese Menschen werden sich mit dem Ohnsorg-Theater nicht mehr begnügen.

Soziale Sicherung:

Wenn wir uns bisher bei der Frage der Sozialkosten noch immer mit Jugendlichen und Kindern beschäftigen – das wird sich bald ändern.

Das Hauptaugenmerk wird künftig auf den älteren Mitbürgern liegen müssen. Das heißt, dass die medizinische und pflegerische Nachfrage und Kosten steigen werden.

Der Ausbau sozialer Dienste wird immer zwingender notwendig.

Integration:

Wir werden die Initiative für die Integration insbesondere von Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter stärken müssen. Dies allein schon, weil wir diese Jugendlichen am Arbeitsmarkt brauchen werden. Damit geht aber auch zentral die Frage des sozialen Friedens einher.

Schule:

Die Entwicklung wird natürlich auch die weiterführenden Schulen treffen.

Wird der Wettbewerb um Schülerinnen und Schüler dazu führen, dass man die Leistungsanforderungen senkt? Das könnte das Aus für die Hauptschule bedeuten!

Wie stellen sich Gesamtschule und Gymnasium auf?

Muss es eine gemeinsame Oberstufe geben, um das Kurssystem aufrecht zu erhalten?

Wo findet sich da die Realschule wieder?

Fragen, die man breit diskutieren muss.

Sport:

Zu den Schulen gehören in der Regel Sportplätze bzw. Sporthallen. Auch hier wird man sich Gedanken machen müssen, ob wir diese in Zukunft in entsprechender Zahl beibehalten und unterhalten können.

Wahlen:

Wahlen sind angesichts der demographischen Entwicklung ein weiteres spannendes Thema. Wir werden bis zum Jahr 2009, also bis zur Kommunalwahl, in etwa eine konstante Zahl an Wählerinnen und Wählern haben. Danach wird ihre Zahl kontinuierlich zurückgehen.

Eine Reduzierung der Wahlkreise steht aber ohnehin unter Kostengesichtspunkten auf dem Diskussionsplan.

Vereine:

Die Vereinslandschaft in Kamen wird sich in den kommenden Jahren drastisch verändern, sowohl an Zahl wie auch an Mitgliedschaft.

Wir wissen, dass die Männergesangsvereine keine Zukunft haben.

Zudem ist bekannt, dass die Züchter mit Nachwuchsproblemen kämpfen.

Bei den Sozialverbänden zeichnet sich ab, dass man sich zu Stadtvereinen zusammenschließen wird.

Aber auch in den Sportvereinen gibt es radikale Veränderungen: Nicht alle werden mehr die Basis für eine umfassende Jugendarbeit haben. Auch in diesem Bereich wird es Auflösungen und Zusammenschlüsse geben müssen.

Bürgerbeteiligung und Ehrenamt:

Wir werden auf Dauer ein großes Potenzial an Menschen haben, die ehrenamtlich arbeiten wollen. Dies gilt es zu nutzen. So wird man Aufgaben, die die Kommune nicht mehr leisten kann oder will, dem Ehrenamt übertragen.

Wo sind die kommunalen Handlungsfelder, in denen wir dem demographischen Wandel entgegenreten können?

Es sind drei Bereiche, die das möglich erscheinen lassen: **(Bild 14)**

Arbeit

Familie

Senioren

Arbeit:

Wir brauchen alle Anstrengungen, um Arbeit zu schaffen.

Jeder weiß, wie schwierig das im Moment ist.

Arbeiten vor Ort heißt jedoch nicht, dass die Menschen hier auch wohnen. In einer mobilen Gesellschaft ist das nicht zwingend erforderlich. Damit bedeutet die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht automatisch auch ein Anwachsen unserer Bevölkerung.

Familie:

Familienpolitik ist zur Zeit das bundespolitisch meistdiskutierte Thema.

Darüber hinaus wird es immer mehr in den Mittelpunkt der kommunalen Politik treten.

Bereits jetzt ist zu erkennen, dass es einen Wettbewerb der Kommunen um junge Familien geben wird.

Denn nur so kann man negativen Bevölkerungsentwicklungen entgegenwirken.

Um junge Familien zu binden, bedarf es gerade einer Betonung der weichen Standortfaktoren.

Hierzu zählt ein gut ausgebildetes Schulangebot, über das wir verfügen.

Dazu zählt aber auch das kulturelle Angebot mit Theateraufführungen und

Ausstellungen; ebenso müssen Kommunen Büchereien, Musikschulen,

Volkshochschulen u.ä. bereit halten.

Hier ist Kamen gut aufgestellt.

Ganz wichtig ist der Wunsch junger Familien nach einem Eigenheim.

In manchen Kommunen werden heute schon Familien angeworben, indem man ihnen bei den Kosten des Grunderwerbs entgegenkommt (Kaufbeuren: 5000 Euro) oder eine Senkung des qm-Preises um 10 Euro/Kind einräumt.

Es erscheint sicher, dass diese Tendenz zunehmen wird.

Ebenso wird es verstärkt so genannte Familienpässe geben, die die verbilligte Nutzung öffentlicher Einrichtungen möglich machen.

Der Wettbewerb um junge Familien steht am Anfang, wird aber in Zukunft eine zentrale Rolle spielen.

All diese Maßnahmen stehen auf dem Prüfstand. Klar ist, dass die Konkurrenz der Kommunen untereinander zunehmen wird. Auswüchsen, die zu einem „Schweinerennen“ um Familien führen, muss man dabei in jedem Fall entgegensteuern.

Senioren:

In Kamen ist das Angebot an Heimplätzen für Menschen, die sich nicht mehr selbst versorgen können, sehr gut (s. Perthes, Volkermann).

Glücklicherweise sind die meisten älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Lage, lange ein eigenständiges Leben außerhalb eines Heimes zu führen.

Viele von ihnen sind agil und stehen mitten im Leben.

So leben mehr als 90 % der Seniorinnen und Senioren außerhalb von Pflegeeinrichtungen.

Dies wird wohl auch in Zukunft so bleiben.

Gerade hier muss städtisches Handeln einsetzen.

Wir in Kamen haben einen aktiven Stadt seniorenverband, der sich mit kommunaler Unterstützung sehr um die Freizeitgestaltung von älteren Mitbürgern kümmert. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet, soziale Kontakte für ältere Mitmenschen zu sichern.

Auch in diesem Zusammenhang gilt als Pluspunkt, dass die weichen Standortfaktoren, wie oben beschrieben, sehr gut sind.

Kommunale Handlungsziele:

Aufgabe kommunalen Handelns muss es sein, in Zukunft ein altengerechtes Wohnumfeld zu schaffen und selbstbestimmtes Wohnen zu fördern.

Das Angebot an barrierefreien Wohnungen muss gesteigert werden. Dies gilt weniger für Neubauten als für das Umrüsten bestehender Wohnungen. Denn wir wissen, dass die Menschen am liebsten in ihrem Wohnumfeld bleiben wollen. Die Stadt stützt dies durch Gespräche mit Wohnungsgesellschaften.

Die Infrastruktur muss altengerecht bleiben. Dazu gehört auch, dass in Zukunft die Waren verstärkt zu den Menschen kommen müssen. Das erfordert ein Umdenken bei den Anbietern.

Aber auch öffentliche Versorgung und Behörden müssen sich den veränderten Gegebenheiten anpassen, indem sie auf die Bedürfnisse der älteren Menschen noch stärker eingehen.

Wichtig ist der Erhalt der Mobilität älterer Mitbürger durch angemessene ÖPNV-Angebote.

Aber auch an die Förderung betreuter Wohnformen ist zu denken.

Meine Damen und Herren,
in der Bevölkerungsentwicklung der kommenden Jahre liegen Chancen und Risiken. Es gilt, die Risiken zu minimieren und die Chancen zu nutzen. Die Verwaltung nimmt die Herausforderungen des demographischen Wandels ernst. Sie wird die notwendigen Entscheidungen auf allen Feldern begleiten und vorantreiben.

Dennoch gilt auch: Bis zum Jahr 2020 wird sich Kamen langsam verändern. Krisenhafte oder gar erdrutschartige Entwicklungen wird es dabei nicht geben. Ich danke Ihnen!